
FORUM: Positionen

Kein Widerspruch zwischen Utopien und kleinen Schritten

Gespräch mit Peter von Oertzen*

Prof. Dr. Peter Oertzen, geb. 1924 in Frankfurt am Main, war bis 1983 Professor für Politische Wissenschaft an der TU Hannover und von 1970 bis 1974 niedersächsischer Kultusminister. Er ist Mitglied des Parteivorstandes und der Grundwertekommission der SPD.

Frage: Was ist von der These zu halten, eine „sozialdemokratische Epoche“ sei zu Ende gegangen?

Antwort: Von „Epoche“ würde ich nicht reden. Aber es hat unzweifelhaft eine Phase gegeben, während der die Gesellschafts- und Außenpolitik in der Bundesre-

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann am 13. September 1985 in Hannover.

publik stark von der Sozialdemokratie geprägt worden ist. Wenn man es international betrachtet, beginnt dieser Zeitraum mit der Regierungsübernahme der schwedischen Sozialdemokratie im Jahr 1932. Anfänge einer sozialdemokratisch beeinflussten Gesellschaftspolitik kann man vielleicht auch im Roosevelt'schen New Deal entdecken, ganz sicher in der französischen Volksfrontregierung 1936/37, aber ihr eigentlicher Durchbruch war der Sieg der Labour Party in Großbritannien über den Kriegsgewinner Churchill 1945. Auch wenn diese ganz spezielle Ausprägung sozialdemokratischer Politik sicher zu Ende geht, so nicht die Epoche der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Politik. Ich bin vielmehr davon überzeugt, daß sozialdemokratische Politik angesichts der neuen ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Probleme wichtiger denn je ist.

Wird aber die „sozialdemokratische Epoche“ nicht international auf breiter Front durch eine neokonservative Wende abgelöst, die von längerer Dauer sein könnte?

Ich halte die sogenannte neokonservative Wende im politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein der kapitalistischen Industriegesellschaften (mit Ausnahme der USA, die einen Sonderfall darstellen) für eine Oberflächenerscheinung. Die Erschütterung der ökonomischen Sicherheit und der Zusammenbruch mancher materieller Illusionen im Laufe der Weltwirtschaftskrise seit 1974/75 haben vor allem bei der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung zweifellos zu Unsicherheiten geführt. Das begünstigt sicher konservative oder gar reaktionäre Bestrebungen. Aber ich halte es für falsch, daß damit eine grundsätzliche Veränderung jener Einstellung erfolgt sei, die Willy Brandt bei seiner ersten großen Regierungserklärung mit dem Wort „Mehr Demokratie wagen“ ausgedrückt hat. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie die neu aufgekommenen Probleme - Stichworte sind Umwelt und Nord-Süd-Verhältnis - erfordern in der Zukunft objektiv mehr Wagemut, auch zu demokratischen Politikformen. Das heißt, die Werte der sozialdemokratischen Epoche und, wenn man so will, in der Bundesrepublik der sozialliberalen Epoche, bleiben zentral: soziale Gerechtigkeit, vernünftige Lenkung der Wirtschaft, Befreiung des Individuums aus konservativen Einengungen, Durchbruch einer realistischen, auf Versöhnung und Entspannung gerichteten Außenpolitik. Das alles ist aktueller denn je zuvor. Allerdings sind die Schwierigkeiten, eine entsprechende Politik durchzusetzen, größer geworden. Die Wirtschaftskrise verunsichert die Menschen und bedroht deswegen die psychologischen Voraussetzungen für eine solche Politik. Andererseits zeigen die sogenannten neuen sozialen Bewegungen und die Wahlerfolge der Grünen, daß sich bei einem Teil der Bevölkerung die ursprünglichen Antriebskräfte sozialdemokratischer Reformpolitik eher radikalisiert als abgeschwächt haben.

Hat denn vor diesem Hintergrund ein „sozialdemokratisches Modell“, sozialdemo-

kratische Reformpolitik, noch Aussicht auf Zukunft? Wie müßte ein solches „sozialdemokratisches Modell“ im einzelnen aussehen?

Die traditionelle sozialdemokratische Reformpolitik beruhte, um es sehr vergrößert auszudrücken, auf der Überzeugung, daß eine vom Staat beeinflusste Wirtschaftspolitik, die im wesentlichen mit den Mitteln mehr oder weniger keynesianischer Konjunkturbeeinflussung arbeitet, ein regelmäßiges wirtschaftliches Wachstum in Gang halten könne und daß man dann über die Vergrößerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, über eine gerechte Steuerpolitik und steigende Sozialabgaben einen größeren Anteil des Bruttosozialprodukts umverteilen könne, um soziale Gebrechen und Mängel zu beheben, den Grad der sozialen Sicherheit zu vergrößern und damit auch den Spielraum für die persönliche Freiheit zu erweitern, da persönliche Freiheit in Armut, Elend und Mangel ein nicht überlebensfähiges Gut ist. Diese Politik ist ökonomisch gesehen an gewisse Grenzen gestoßen. Nicht, daß die Institution Sozialstaat als solche überholt wäre, das Gegenteil ist der Fall. Ich bin entschieden gegen romantische Vorstellungen, daß man den durch öffentliche Mittel realisierten Rechtsanspruch auf soziale Sicherheit etwa durch Hilfe zur Selbsthilfe ersetzen könnte. Hilfe zur Selbsthilfe ist zur Ergänzung des Sozialstaates nützlich und notwendig, aber der Kern des Sozialstaates muß unangetastet bleiben.

Inzwischen wissen wir, daß wir mit wesentlich niedrigeren Wachstumsraten zu rechnen haben und daß die kapitalistische Wirtschaftspolitik mit den bisherigen Mitteln staatlicher Eingriffe nur begrenzt beeinflussbar ist. Es ist nicht gelungen, die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft wirklich zu bändigen. Außerdem haben wir gelernt - etwa in dem gemeinsamen Diskussionspapier von Franz Steinkühler und Hermann Rappe ist es dargelegt -, daß nicht mehr jedes Wachstum in jedem denkbaren Umfang zu jedem Preis gewünscht werden kann, sondern daß qualitative Ziele wie Schonung der Umwelt, Steigerung der Lebensqualität, Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit Vorrang vor dem bloßen Anhäufen von immer mehr materiellen Gütern haben müssen. Insoweit muß die traditionelle sozialdemokratische Gesellschaftspolitik gewisse Illusionen der Vergangenheit aufgeben und sich gleichzeitig qualitativ neue Ziele setzen. Insgesamt muß sozialdemokratische Politik der Vorstellung, kapitalistische Marktwirtschaft könne alle aufkommenden ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme mehr oder weniger im Selbstlauf und aus eigener Kraft bewältigen, in Zukunft mit sehr viel größerer Skepsis gegenüberreten als in der Vergangenheit. Die sozialliberale Regierung hat viel zu sehr an die Selbstheilungskräfte der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft geglaubt und hat - nicht zuletzt unter Einfluß der FDP - notwendige Eingriffe in die Struktur unserer Wirtschaftsordnung unterlassen. An dem Gegensatz zwischen den Koalitionspartnern über solche Probleme ist die sozialliberale Regierung nach meiner Überzeugung schließlich gescheitert. Die Illusion, man könne das Fell unserer Wirtschaftsordnung sozial waschen ohne es dabei naß zu machen, müssen wir aufgeben.

Also Reform des Kapitalismus und nicht nur Reform im Kapitalismus?

Auch und natürlich in erheblichem Umfang nach wie vor Reform im Kapitalismus. Ich halte den modernen Kapitalismus für ein sehr elastisches und durchaus reformfähiges System. Aber es müssen auch Strukturveränderungen des Kapitalismus hinzukommen. Nicht in dogmatischer Art und Weise, sondern konkret auf bestimmte Sachprobleme bezogen und einsehbar begründet. Aber Eingriffe in die kapitalistische Produktions- und Verteilungsstruktur sind nach meiner Meinung unvermeidlich, sonst wird jede reformerische Regierung wieder vor denselben und in Zukunft wahrscheinlich schwierigeren ökonomischen Problemen stehen wie die, an denen die sozialliberale Regierung gescheitert ist.

Auch die Arbeit, eine Grundkategorie im marxistischen Denkmodell, ist - etwa wegen der rasanten technologischen Entwicklung - ins Gerede gekommen. Welche Rolle spielen in Deiner Zukunftsperspektive Arbeit und Freizeit?

Marx hat einmal gesagt, die knechtische Unterordnung des Menschen unter die Teilung der Arbeit, das heißt der gesellschaftlich notwendigen bezahlten Arbeit, müsse aufgehoben werden. Der alte Marx hat dann realistischerweise hinzugefügt, daß es immer einen, wenn auch schrumpfenden Bereich notwendiger Arbeit, also der Arbeit, die der Mensch nun einmal zu leisten hat, seitdem er aus dem Paradies vertrieben worden ist, geben würde. Das Reich der Notwendigkeit bleibt bestehen, aber das Reich der Freiheit erweitert seine Bedeutung und seinen Spielraum. Die Arbeitszeitverkürzungen-von den 60,70 Stunden des 19. Jahrhunderts bis zu den weniger als 40 Stunden in der Gegenwart bei verlängertem Urlaub - sind Ausdruck dieser Tendenz. Damit verringert sich natürlich das Gewicht der bezahlten Erwerbsarbeit im individuellen und sozialen Leben der menschlichen Gesellschaft. Die bezahlte Erwerbsarbeit wird aber - auch wenn sie sich im Umfang verringert, auch wenn sie, was nötig ist, in ihrer Qualität demokratisiert und humanisiert wird - eine Notwendigkeit bleiben, der man sich nicht immer gern unterwirft. Sie wird noch bis ins nächste Jahrtausend hinein im Zentrum des menschlichen Lebens und der menschlichen Gesellschaft stehen. Trotzdem gewinnt das Gewicht derjenigen Tätigkeiten des Menschen, die außerhalb der bezahlten Erwerbsarbeit liegen. Die Freizeit ist nicht mehr nur körperliche Erholung von erschöpfender Maloche, sondern wird immer mehr ein Feld der freien menschlichen Entfaltung außerhalb der Erwerbsarbeit. In diesem Zusammenhang differenziert sich die Nichtarbeitszeit. Der Sektor von gesellschaftlich nützlicher, ja notwendiger Arbeit oder Tätigkeit, die freiwillig geleistet oder nicht in der überkommenen Form entlohnt wird, wird breiter werden. Es wird eine größere Vielfalt schöpferischer Tätigkeiten im Gebiet der Freizeit geben. Die Menschen werden eine stärkere Neigung empfinden, aktiv, spontan, positiv tätig zu werden und sich nicht mehr nur von der Qual der Arbeitswoche erholen zu müssen. Freiwillige Fort- und Weiterbildung, Qualifikation im weite-

sten Sinne wird im Bereich der Freizeit ein zunehmendes Gewicht haben, so daß wir in Zukunft gewissermaßen vier abgestufte Sphären menschlicher Tätigkeit haben: die bezahlte Erwerbsarbeit weiterhin im Zentrum als Grundlage der menschlichen Arbeitsgesellschaft; dann das, was man freiwillig geleistete Arbeit, gesellschaftlich nützliche Eigenarbeit nennen könnte; dann Fortbildung, die auch Anstrengung und Arbeit erfordert, auch den Einsatz von technischen Mitteln, und schließlich die Freizeit im engeren Sinne. Es ist zu hoffen, daß das Feld der sogenannten reinen Freizeit mit vielerlei sinnvoll Spielerischem angefüllt sein wird und nicht nur durch die bloße Erholung, also Ausruhen, Schlafen, Essen und Trinken bestimmt wird. Ich denke, daß diese Differenzierung des Einsatzes der menschlichen Kräfte, des Individuums im Zusammenleben mit seinen Mitmenschen, die zukünftige Entwicklung kennzeichnen wird. Aber ich will noch einmal betonen, daß die bezahlte Erwerbsarbeit, ihre Dauer (Stichwort: Arbeitszeitverkürzung) und ihre qualitative Gestaltung (Stichwort: Demokratisierung und Humanisierung) noch lange im Zentrum jeder Gesellschaftspolitik stehen muß.

Du malst ein eher optimistisches Zukunftsbild. Sind die Gefahren, die etwa von den neuen Technologien ausgehen, nicht gerade im Zeichen der konservativen Wende eine ernsthafte Bedrohung dieses Emanzipationsmodells?

Es gibt meiner Meinung nach zwei Varianten konservativer Politik. Das wird in der begründeten und berechtigten Polemik gegen die Politik der Wende gelegentlich übersehen. Die eine ist das Modell: Zurück zum Steinzeitkapitalismus, mit seiner amerikanischen Variante in den sogenannten Reagonomics und seiner besonders krassen britischen Ausführung. Dabei geht es um die barbarische Reinigung der kapitalistischen Wirtschaft von schwachen Unternehmungen und die damit verbundene Freisetzung der Arbeitskraft bei gleichzeitigem Versuch, der auch in Großbritannien noch keineswegs gelungen ist, den Sozialstaat zu reduzieren oder gar abzubauen. Es ist offensichtlich, daß diese Politik, wenn wir die Vereinigten Staaten einmal ausklammern, die ein besonderes Problem darstellen, auch in Großbritannien zu scheitern droht. Es sieht nicht so aus, als sollte Maggy Thatcher noch einmal in Großbritannien eine Wahl gewinnen. Diese Politik ist derart kraß, daß sie, das muß man, trotz aller gefährlichen Angriffe auf den Sozialstaat und bei aller Wenderethorik zugeben, von der Regierung Kohl/Genscher nicht im Ernst versucht worden ist. Hier zeichnet sich eine andere Variante ab, die, bei einer gewissen Einschüchterung der Gewerkschaften, welche aber auch nur bis zu einer gewissen Grenze zu gehen wagt, bei erheblichen Einschränkungen im Bereich des Sozialstaates und bei für einige Jahre in Kauf genommenen und den arbeitenden Menschen aufgezwungenen Reallohnverzicht, nicht im Ernst eine jahrelange Verelendung und eine dramatische Reinigungskrise des Kapitalismus in Kauf nimmt, sondern vielmehr auf ein anderes und im Grunde für unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen kaum weniger gefährliches Ziel hinsteuert: In einer sich - vor allem auf dem Gebiet der neuen

Technologien - modernisierenden Wirtschaft werden - unter Wahrung der Kerninstitutionen des Sozialstaates - für 60 bis 75 Prozent der Bevölkerung relativer Wohlstand und relative soziale Stabilität aufrechterhalten. Dabei wird auch den gut organisierten, starken, selbstbewußten Gewerkschaften ein gewisser Anteil am Fortschritt und an den Ergebnissen des Fortschrittes gewährt. Ein zahlmäßig wachsender Teil von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, teils Minderheiten, teils Mehrheiten wie etwa Frauen, die aber selbst keine gesellschaftliche Macht darstellen, wird dagegen an den Rand der Gesellschaft oder darüber hinausgedrängt werden. Darunter sind Behinderte, Jugendliche, Alte, unvollständige Familien, alleinlebende Rentner, Ausländer, vom Arbeitsmarkt verdrängte in die Arbeitslosigkeit und in Gelegenheitsarbeit abgedrängte zu Kind und Küche zurückgenötigte Frauen. Diese Tendenz würde zu einer Spaltung des traditionellen Zusammenhangs der Arbeitnehmerschaft führen. Und gerade die Spaltung der Arbeitnehmerschaft ist der Kern dieser Strategie, weil die objektiven Tendenzen der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung unter anderem die Möglichkeit einer Mehrteilung der Arbeitnehmerschaft nach Qualifikationsstufen enthalten. Da ist ein oberes Drittel, das vom hochqualifizierten technischen oder kaufmännischen Angestellten, vom Medientechniker oder Computerefachmann bis hin zum qualifizierten Facharbeiter mit Realschulabschluß oder Fachschulausbildung reicht, dann eine Mittelgruppe von relativ weniger gesicherten, angelernten Arbeitern mit unspezifischen Qualifikationen, dann eine immer breiter werdende Untergruppe von Teilzeitarbeitskräften, Gelegenheitsarbeitern, Heimarbeitern und Dauerarbeitslosen und schließlich eine stille Reserve von Personen, die vom Arbeitsmarkt überhaupt verdrängt werden, auf deren Kosten dann das positive Ergebnis der Modernisierung und des verbleibenden Wohlstands für die übrigen 70 Prozent erwirtschaftet werden würde. Eine solche Politik würde allen Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft schroff zuwiderlaufen und würde außerdem eine konservative politische Herrschaft auf nicht absehbare Zeit zementieren. Es ist nämlich zu erwarten, daß die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten sich weder radikalieren noch sich zu einer großen Organisation zusammenschließen, sondern in Resignation und Zersplitterung verfallen. Möglicherweise machen einige winzige kriminelle oder terroristische Gruppen die Aufrechterhaltung dieses Systems noch viel einfacher, weil sich mit ihnen öffentliche Vorurteile mobilisieren lassen. Innerhalb der 70 Prozent wären die verbleibenden fortschrittlichen Kräfte, die an der Idee der Solidarität festhalten, in einer hoffnungslosen strukturellen Minderheit gegenüber denen, die von einem solchen Gesellschaftssystem profitieren. Genauso sieht übrigens das Modell der Gesellschaft der Vereinigten Staaten von Amerika aus: 40 bis 45 Prozent der Menschen werden in Armut, Elend, Dauerarbeitslosigkeit und soziale Desintegration abgedrängt und klinken sich aus dem politischen Prozeß aus, sie engagieren sich nicht mehr, sie wählen nicht mehr, sie nehmen nicht mehr Kenntnis. Unter den übrigen 55 Prozent hat die auf ihrem Eigentum hockende Bourgeoisie dann eine satte Mehrheit. Auf diese Art und Weise können Politiker

wie Reagan immer und immer wieder gewählt werden. Wenn 80 Prozent der Amerikaner wählten statt 55 Prozent, dann hätte ein Mann wie Reagan keine Chance. Und wenn in der Bundesrepublik nur noch 55 oder 60 Prozent wählten, dann hätte auch bei uns die entsprechende politische Richtung eine Dauermehrheit für ewige Zeiten. Darin liegt die Gefahr, die eben auch eine innere Spaltung und damit zugleich den moralischen Zerfall der traditionellen Arbeiterbewegung und ihrer Ideale und Werte einschließt.

Welche Attraktion steckt in diesem konservativen Modell für Arbeitnehmer?

Maggy Thatcher, die den großen Vorteil hat, Wahrheiten offen auszusprechen, hat einmal gefragt, warum immer nur über die 20 Prozent Arbeitslose in Schottland geredet würde und nicht über jene 80 Prozent, die nicht arbeitslos sind. Das ist das Problem. Eine Massenarbeitslosigkeit von 20 Prozent bedeutet eben immer noch, daß 80 Prozent Arbeit haben. Und wenn man die 80 Prozent einschüchtert und ihnen sagt: „Ihr bleibt in Arbeit, wenn ihr die 20 Prozent in den Abgrund stürzen laßt“, dann hat man psychologisch eine Chance, mit dieser Politik durchzukommen.

Liegt in einer solchen Politik nicht auch eine Gefährdung für die Gewerkschaften? Können sie dagegen auf Dauer genügend Potential mobilisieren und deutlich machen, daß Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer da sind?

Erstens: Es gibt kein Potential, das stark genug ist, als daß es ohne bewußte Organisation und ohne Werbung für neue Ideen, ohne Diskussionen, ohne politische und moralische Anstrengungen wirksam werden könnte. Von alleine passiert nichts. Allenfalls nur das Schlechte. Zweitens: Es gibt in dem „modernistischen“ oder fortschrittlichen konservativen Konzept à la Biedenkopf/Späth innere Widersprüche, die auch die Arbeitnehmerschaft betreffen. So wird für einen Teil jener Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze auch unter solchen Bedingungen gesichert sind, die Qualität der Arbeit eben nicht steigen, sondern sinken. Das wird zu innerbetrieblichen Problemen führen. Diese exzessive Modernisierung bedeutet unter anderem auch eine Verstärkung der innerbetrieblichen Kontrolle, eine schärfere Unterordnung unter die Betriebshierarchie, Stichwort: Personalinformationssysteme, die den einzelnen Arbeitnehmer in seiner Menschenwürde und in seinen persönlichen Rechten, die Gewerkschaften in ihrer Machtstellung im Betrieb und am Arbeitsplatz betreffen. Viele technische Veränderungen sind zwar effektiv, steigern den Umsatz und senken die Kosten, aber sie führen eben auch langfristig zu schlechteren Arbeitsbedingungen, verschärftem Arbeitsdruck und beschleunigter Arbeitsgeschwindigkeit. Hinzu kommt, daß die Unterscheidung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen ja keine statische und ein für alle mal gegebene ist. Es gibt eine starke Fluktuation. Es werden immer wieder Arbeitslose Arbeit finden und andere werden arbeitslos werden, weil die Schwerpunkte von Arbeitslosigkeit, gerade unter einer konservativ-kapitalistischen Politik mit modernisti-

schem Anstrich, von Branche zu Branche und von Region zu Region wechseln werden. Das heißt, in Relativierung meines Einwandes von vorhin, daß bei einer Arbeitslosenrate von 20 Prozent doch viele der übrigen 80 Prozent von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Der Bewegungsspielraum der Gewerkschaften, insbesondere der sozialdemokratisch organisierten und sozialdemokratisch engagierten Arbeitnehmerschaft, wird eingeschränkt, wenn ein Teil ihrer Basis ihnen in Folge zunehmender Verarmung unter den Füßen wegbröckelt. Wenn viele Arbeitslose da sind, dann ist der Spielraum der gewerkschaftlichen Tarifpolitik eingengt. Und wenn ein Teil der unteren Arbeitnehmerschichten sich so entpolitisiert, daß er gar nicht mehr zu engagieren und zu interessieren ist, dann werden die Wahlchancen der Sozialdemokratie sinken und die politischen Durchsetzungschancen der Gewerkschaften, auch wenn sie im prosperierenden Bereich verankert sind, zurückgehen. Es gibt also viele Querverbindungen.

Es gibt aber auch, das darf man nicht unterschätzen, immer noch eine Tradition der Solidarität und der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die man allerdings mobilisieren muß. Die modernen Technologien, auch die Informations- und Medientechnologien, lassen sich durchaus für eine andere Form der Arbeitsgesellschaft nutzbar machen, in der die degradierende Plackerei, die Überanstrengung des einzelnen gemindert wird, in der den schrumpfenden gesellschaftlichen Anforderungen an bezahlter Erwerbsarbeit eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Arbeit, etwa durch sinnvolle Arbeitszeitverkürzung, entgegengesetzt wird. Ebenso kann der Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft in Hochqualifizierte, wenig Qualifizierte, relativ Ungesicherte, vom Arbeitsmarkt Verdrängte oder an den Rand Gedrängte durch Qualifikationsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Schließlich können alle im Betrieb Arbeitenden an der Entwicklung der Technologien teilnehmen, nicht nur die betrieblichen Eliten - natürlich unter strikter gewerkschaftlicher Kontrolle. Das alles ist mit der notwendigen Modernisierung der Wirtschaft, mit der Einführung moderner Technologien, auch mit der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft durchaus vereinbar. Und darüber hinaus sind soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft, Demokratisierung und Humanisierung am Arbeitsplatz auch Produktivitätsfaktoren. Man kann die wirtschaftliche Leistungskraft eines Wirtschaftsunternehmens mit reiner Technik steigern und dafür einen hohen sozialen Preis zahlen. Man kann sie auch mit etwas weniger selbstzweckhafter Technik, dafür aber mit mehr Beteiligung und Mitverantwortung für die Belegschaft steigern. Es gibt sehr wohl eine menschlichere, gerechtere, solidarische Alternative. Für sie muß mobilisiert werden, und die Mobilisierung geht über die Köpfe. Am Anfang stehen Einsicht und politisch-moralisches Engagement.

Du sprichst Dich, im Hinblick auf die Sozialdemokratie, für einen neuen Reformismus aus und deutest auch eine Reformnotwendigkeit für die Gewerkschaften an. Müssen die Gewerkschaften anders werden, müssen sie eine andere Politik machen, um den neuen Herausforderungen begegnen zu können?

Ich bin der Meinung, daß die Gewerkschaften, die in den letzten 25 Jahren schon erhebliche und zum Teil beeindruckende Fortschritte in der Modernisierung ihrer Organisation, ihrer Zielvorstellung, ihrer Strategien und Taktiken durchlaufen haben, noch ein gut Stück Wegs vor sich haben. Im übrigen sehe ich keine wesentlichen Differenzen zwischen den Problemen, vor denen die Sozialdemokratische Partei steht und vor denen mehr oder weniger sozialdemokratisch interessierte und engagierte Gewerkschafter stehen, auch wenn ihre Arbeitsfelder verschieden sind und auch wenn ich für die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisation von der Parteiorganisation und der Parteiorganisation von der Gewerkschaftsorganisation eintrete. Die Gewerkschaften müssen gewisse Strukturveränderungen beim gesellschaftlichen „Gesamtarbeiter“, also der unglaublich differenzierten Gesamtheit der in abhängiger Arbeit stehenden Werk tätigen, zur Kenntnis nehmen. Sie sind immer noch ein bißchen — und durch ihre Geschichte nicht ohne Grund — auf den qualifizierten industriell oder handwerklich ausgebildeten Facharbeiter männlichen Geschlechts mit Volksschule und Lehre und vielleicht noch einer betrieblichen Zusatzausbildung fixiert. Dieser Arbeitnehmertyp wird im Jahre 2000 nur noch eine Minderheit in der Arbeitnehmerschaft ausmachen - sicher eine qualitativ bedeutsame Minderheit, ohne die und gegen die gewerkschaftlich nichts läuft. Und zu einem Teil wird aus dieser Facharbeiterschaft auch so etwas wie eine breite Kaderschicht qualifizierter Techniker der unteren Ebene hervorstechen. (Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Thesen von Kern und Schumann.)

Aber gewissermaßen oberhalb dieser Facharbeiterschicht entwickelt sich eine immer breiter werdende, höchst differenzierte Arbeitnehmerschaft nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch und gerade in der privaten Wirtschaft — mit einer Schulbildung, die beim Realschulabschluß anfängt und weit darüber hinausgeht. Von den heute 18- bis 19jährigen hat nur noch etwa knapp ein Drittel die Hauptschule besucht, 40 Prozent waren auf der Realschule, 35 Prozent haben Abitur gemacht. Unter den Schulabgängern ist der Hauptschulabsolvent zur Minderheit geworden. Im Jahr 2000 werden zwei Drittel aller Schulabsolventen mindestens Realschulabschluß, wenn nicht Abitur haben und dazu werden dann Weiterqualifikationen kommen, die irgendwo zwischen Fachschule und Hochschule liegen, dazu betriebliche Ausbildungen. Zum Teil wird diese Fach- oder Fachhochschulausbildung heute schon betriebsbezogen erteilt. Diese Gruppe hat sehr wohl ihre Arbeitnehmerinteressen und bedarf ganz entschieden der gewerkschaftlichen Organisation. Aber die Art und Weise der Ansprache, der Organisation, die Art und Weise, in der man mit diesen Arbeitnehmern und für diese Arbeitnehmer gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik macht, muß sich meiner Meinung nach erheblich verändern. Auf der anderen Seite dürfen die Gewerkschaften nicht vergessen, daß die weniger Qualifizierten, die von der Arbeitslosigkeit Bedrohten, daß die Gelegenheits- und Teilzeitarbeiter, die Hilfsarbeitskräfte, wenn die Gewerkschaften sich ihrer nicht annehmen, irgendwann einmal eine schreckliche und ihre Position bedrohende Reservarmee bilden könnten. Wie

das aussieht, wenn auf der organisierten Arbeitnehmerschaft eine nicht organisierte, zersplitterte, sozial bedrohte, gesellschaftlich abhängige Konkurrenz lastet, kann man in den USA - vor allem in den Südstaaten - beobachten. Dort sind in den letzten 30 Jahren die Gewerkschaftsorganisationen sozusagen kastriert worden. Das schlägt dann auch auf die Gewerkschaften in den Kernbereichen der klassischen Industriezweige zurück.

Die neuen Arbeitnehmerschichten, also etwa Ingenieure, kaufmännische Angestellte, Computerfachleute, stellen wesentlich höhere Anforderungen an Selbständigkeit, an Mitspracherechte, an Beteiligung in der innergewerkschaftlichen Diskussion als der traditionell auf das Betriebskollektiv ausgerichtete, an strenge Arbeits- und Organisationsdisziplin gewöhnte Facharbeiter. Auch diese Facharbeiter waren und sind natürlich kritische Gewerkschaftsmitglieder, aber im Zweifelsfall gilt: Im Kampf wird die Klappe gehalten; die Organisation ist wichtiger als der einzelne. Diese Methoden werden bei den neuen Gruppen der Arbeitnehmerschaft so nicht mehr verfangen. Das heißt, abgesehen von dem moralischen Anspruch, daß nur eine Organisation für die Demokratie nach außen eintreten kann, die auch in sich selbst demokratisch organisiert ist, ist es meiner Meinung nach ein funktionales Erfordernis, diesen hochqualifizierten, selbständig denkenden, kritischen, über ein riesiges Erfahrungspotential verfügenden Arbeitnehmern mehr Mitbestimmung und Mitsprache in der Gewerkschaftsorganisation zu geben. Gerade die deutschen Gewerkschaften sind von alters her sehr strikt organisierte, manchmal ein bißchen arg zentralistisch-bürokratisch arbeitende Organisationen, in denen Widerspruch von unten von den Hauptvorständen in der Regel nicht so furchtbar gerne gehört wird, weil Widerspruch von unten leicht im Geruch von Betriebsegoismus steht — zugegebenerweise häufig zu Recht. Wenn also zum Beispiel ein Hauptvorstand mit einem Betriebsrat zusammengerät, ist es nicht immer der Hauptvorstand, der prinzipiell im Unrecht ist, nur weil der Betriebsrat weiter unten ist. Es kann natürlich auch sein, daß der Betriebsrat höchst begrenzte Partikularinteressen vertritt und der Hauptvorstand sinnvolle Gesamtinteressen der Organisation. Derartige Konflikte können nach meiner Meinung nur auf demokratische Weise, durch offene Diskussion und unter Umständen auch kontroverse Abstimmung geklärt werden.

Schützen muß man die Gewerkschaften etwa vor von gewissen Meinungsforschungsinstituten genährten Vorurteilen, daß etwa höher qualifizierte Arbeitnehmer mit differenzierter Ausbildung und herausgehobener Position zur „Mitte“ gehörten. Sie sind vielleicht keine Freunde von grobklotzigen, im traditionellen Sinne radikalen Aktionsformen, aber in ihren Auffassungen über die Probleme der Gesellschaft und die erforderlichen Lösungen sind sie häufig viel radikaler als mancher stramme Traditionsgewerkschafter. Eine Hinwendung der Gewerkschaftsorganisationen zu den neuen Arbeitnehmergruppen muß also keineswegs einen Verzicht auf Härte und Radikalität gesellschaftspolitischer Forderungen bedeuten. Ich halte das für einen Irrtum. Man sollte die Bereitschaft zur begründeten, vernünftigen und kritisch durchdachten Gesellschaftsveränderung bei

diesen neuen Arbeitnehmerschichten nicht unterschätzen. Im übrigen liegt bei diesen neuen Berufen nach meiner Auffassung auch das ökonomisch-soziologische Grundproblem des Verhältnisses der alten Arbeiterbewegung zu den neuen sozialen Bewegungen.

Denkst Du dabei an ein Bündnis zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen?

Ehe man von Bündnis redet, muß man versuchen, sich das Feld, auf dem ein solches Bündnis sich abspielen müßte, genauer anzuschauen und die Tragfähigkeit des Bodens, auf dem man sich bewegt, zu prüfen. Es gibt ja Thesen - auch aufgrund von angeblichen oder wirklichen empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen -, die die neuen sozialen Bewegungen im Kern als so etwas wie eine Verunsicherung unter der von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Generation, zweitens als eine Art von kulturevolutionärer Bewußtseinsveränderung in den Köpfen der Töchter und Söhne des gebildeten Mittelstandes und drittens als Karriereprobleme von arbeitslosen Jungakademikern ansehen. Das ist keine ironische Überspitzung, sondern ich könnte aus sich seriös gebenden sozialwissenschaftlichen Untersuchungen dergleichen zitieren. Alle diese Annahmen über die sozialen Wurzeln und die soziale Verankerung der neuen sozialen Bewegungen sind mit Sicherheit nicht ganz falsch. Es gibt einen überproportionalen Anteil von Arbeitslosen unter den grünen Wählern, wenn man die grünen Wähler einmal als repräsentativ für den Kern der neuen sozialen Bewegungen nimmt. Sicherlich sind viele Aktivisten, etwa in der Frauenbewegung, der Friedensbewegung überhaupt nicht an den Grünen interessiert. Aber daß die Wählerschaft der Grünen überwiegend zu den neuen sozialen Bewegungen zu rechnen ist, kann man im Ernst nicht leugnen. Es gibt also einen überproportionalen Anteil von Arbeitslosen unter den grünen Wählern - im Bevölkerungsquerschnitt der Wahlbevölkerung machen sie drei Prozent, bei den Grünen fünf Prozent aus. Umgekehrt ist der Anteil der Grünen-Anhänger an den Arbeitslosen nach einer jüngsten Untersuchung genauso hoch wie der Anteil der CDU-Anhänger. Das heißt, jeder fünfte Arbeitslose wählt „grün“, jeder fünfte Arbeitslose wählt CDU; die restlichen drei Fünftel wählen SPD. FDP kommt nicht vor unter den Arbeitslosen, was ich sehr erfreulich finde. Die haben wenigstens begriffen, was sie von den Herren Bangemann und Genscher zu halten haben.

Ferner: Die Grünen sind extrem jung. Ein Drittel der Bevölkerung ist unter 35, aber zwei Drittel der Grünen-Wähler sind unter 35. Zukunftsprobleme drücken also besonders stark auf die „Grünen“. Schließlich: Der Anteil der Wähler mit akademischer Ausbildung oder mindestens mit Abitur liegt bei den Grünen-Wählern erheblich höher als bei der Gesamtbevölkerung. Trotzdem überwiegen bei den Grünen die Berufstätigen in fester und ungekündigter Stellung. Unter den Grünen-Wählern gibt es mehr Berufstätige als unter SPD-Wählern, was schlicht und einfach daher kommt, daß die Grünen jünger sind und daß es unter ihren Wählern weniger Rentner und weniger im Zuge ihrer familiären Entwicklung aus

dem Berufsleben ausgeschiedene Hausfrauen gibt. Im übrigen ist der Anteil der Frauen unter den Grünen-Wählern ohnedies geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Die Grünen sind eine überwiegend männliche Partei. Es ist zwar richtig, daß Akademiker und höhere beziehungsweise qualifizierte Angestellte bei den Grünen überrepräsentiert sind, aber keineswegs in einem dramatischen Maße. Der Arbeiteranteil unter den Grünen-Wählern ist erstaunlich hoch, zwei Drittel der Grünen-Wähler sind Arbeiter, untere und mittlere Beamte und Angestellte, also klassisches SPD-Wählerpotential. Die Grünen-Wähler sind nicht allesamt Akademiker, mehr als zwei Drittel haben Volks- oder Realschulabschluß. Die Differenzen zwischen der grünen Wählerschaft und der Gesamtbevölkerung verringern sich noch weiter, wenn man bedenkt, daß die Grünen in erster Linie Wähler unter 40 oder 35 Jahren haben. Denn in der Gesamtbevölkerung unter 40 oder 35 ist der Anteil der Arbeiter auch geringer und der Anteil der Angestellten und Beamten auch höher als in der Gesamtbevölkerung. Und in diesem Bevölkerungsanteil ist der Anteil der Abiturienten und Hochschulstudierende viel höher als in dem Teil der über Sechzigjährigen. Alles in allem: Der typische „grüne“ Wähler unterscheidet sich zwar von dem theoretischen Durchschnittstyp der Gesamtbevölkerung noch ganz erheblich, aber er unterscheidet sich kaum mehr vom typischen Vertreter der Gesamtbevölkerung unter 35 Jahren. Anders ausgedrückt: Die Unterschiede zwischen dem SPD-Wähler unter 40 und dem Grünen-Wähler unter 40 sind relativ gering, wesentlich geringer etwa als der Unterschied zwischen dem SPD-Wähler von 35 und dem von 60. Es handelt sich also um ein Generationenproblem, und zwar nicht im biologischen, sondern im historischen Sinne. Es macht einen Unterschied, ob die Erfahrungen der Wohlstandsepoche, der sozialliberalen Reformepoche, prägend sind oder die der Nachkriegszeit.

Gleichzeitig repräsentiert die „grüne“ Wählerschaft auch Strukturveränderungen in der Wirtschaft und der Arbeitnehmerschaft. Die typischen neuen Berufe, von denen schon die Rede war, sind in der jüngeren Arbeitnehmerschaft ohnedies stärker vertreten und noch ein bißchen stärker bei den Grünen. Daß die Grünen ganz besonders im öffentlichen Dienst verankert seien, ist allerdings eine Legende. Der Beamtenanteil in der „grünen“ Wählerschaft entspricht exakt dem Beamtenanteil an der Gesamtbevölkerung. Die Grünen sind viel stärker in der Angestelltenschaft der freien Wirtschaft vertreten als im öffentlichen Dienst. Daß unter ihren Wortführern im Parlament lauter Lehrer sind, das ist wohl wahr. Aber ich kenne sozialdemokratische Kommunalfraktionen in klassischen Industriestädten, die von Oberstudiendirektoren und Realschullehrern beherrscht werden. Das Potential an „grüner“ Wählerschaft dürfte bei etwa zehn Prozent der Bevölkerung liegen. Wenn die Grünen besonders schlechte Politik machen, kann es sogar auf unter fünf Prozent rutschen. Man sollte aber nicht davon ausgehen, daß ein enttäuschter Grünen-Wähler, der zur SPD zurückgekehrt ist, gleich wieder zum beständigen SPD-Wähler geworden ist. Die kritischen Grundtendenzen, die er verkörpert, werden auch gegenüber der Sozialdemokratie bestehen bleiben. Und die Sozialdemokratie wird mit diesen ehemaligen Grünen-Wählern in Zukunft mehr

Probleme haben als mit ihren Traditionswählern. Und die Gewerkschaften werden bedenken müssen, daß die Zahl jener ihrer jungen Mitglieder steigt, die zwar noch keine „grünen“ Betriebsgruppen bilden, in ihren Grundinteressen und -auffassungen jedoch häufig den Grünen viel näher stehen als die Gewerkschaftsvorstände wissen und wahrhaben wollen.

Wenn man das alles zusammenrechnet, dann kann man die Hypothese wagen, daß es sich bei der grünen tatsächlichen und potentiellen Wählerschaft vor allem um einen charakteristisch jugendlichen und im ökonomischen Sinne modern strukturierten Teil der Arbeitnehmerschaft handelt. Die Grünen sind nach meiner Einschätzung ihrer sozialen Basis nach eine moderne, ins Jahr 2000 hinausweisende Formation. Nur deswegen halte ich ein soziales Bündnis zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und diesem Sektor der zukünftigen modernistischen jüngeren Arbeitnehmerschaft für möglich und wegen der besonderen Qualifikationen dieser Arbeitnehmerschicht auch für nötig. Das heißt nicht, daß ich ein Bündnis zwischen der gegenwärtigen SPD und der gegenwärtigen „grünen“ Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen für möglich hielte oder gar propagieren wollte. Das ist eine ganz andere Sache. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sage ich ganz klar, daß es hier um Strukturprobleme und nicht um Wahltaktiken geht. Wenn allerdings Strukturprobleme unter der Überschrift „Wahltaktik“ abgehandelt werden, wird es gefährlich. Wenn ein so intelligenter Mann wie der Bundesgeschäftsführer der SPD aus purer Wahlopportunität sich im Augenblick über die Grünen nur noch lustig macht, ohne diese Probleme gründlich zu diskutieren, dann halte ich das für gefährlich, weil es die Selbsttäuschung nährt, man könne mit ernstesten sozialen Strukturveränderungen und ihnen entsprechenden ernsthaften sozialen Bewegungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Wahltaktik umspringen.

Wie soll das Bündnis denn im konkreten Fall funktionieren, etwa beim Umweltschutz? Bei einem Problem wie der Einleitung von Abwässern chemischer Betriebe in Flüsse kann die Interessenlage von Umweltschützern und betroffenen Arbeitnehmern doch durchaus gegensätzlich sein. Und gerade in solchen Fällen müßte sich die Zusammenarbeit doch praktisch bewähren.

Großchemie und pharmazeutische Industrie sind die besten denkbaren Beispiele für denjenigen, der auf ein soziales Bündnis zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen hinsteuert. Denn zu behaupten, daß Großchemie und pharmazeutische Industrie nicht die technischen Möglichkeiten und den finanziellen Spielraum für eine ökologische Umorientierung hätten, wäre ein Witz. Wenn irgendein Bereich der deutschen Wirtschaft das Geld für Millionen und Milliarden von Investitionen aufbringen könnte, die sich im übrigen über mittlere und längere Frist in neuen Produkten mit konkurrenzloser Anziehungskraft auf dem Weltmarkt niederschlagen würden, dann diese Industrien. Auch dort kostet die ökologische Sanierung natürlich Geld, aber diese Indu-

strien würden in ihrer Leistungskraft und Existenzfähigkeit nicht beeinträchtigt. Wenn die Großchemie ein dramatisch wirkungsvolles Programm der Entgiftung ihrer Produktion und der Entgiftung ihres Verhältnisses zur Umwelt einleiten würde, würde kein einziger Kollege in diesen Unternehmen seinen Arbeitsplatz einbüßen. Im Gegenteil: Es würden wahrscheinlich bei den Auftragnehmern für die erforderlichen Kläranlagen, Filter und Reinigungseinrichtungen sogar noch Arbeitsplätze dazuwachsen. Und wenn die pharmazeutische Industrie umstellte auf eine begrenzte Anzahl von sinnvolleren Medikamenten, wenn der Medikamentenverbrauch insgesamt zurückginge, dann könnte das vielleicht in der pharmazeutischen Industrie Arbeitsplätze kosten. Was dafür aber an Milliardenmitteln im öffentlichen Gesundheitsdienst, die dann für Umstrukturierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anderswo eingesetzt werden könnten, gespart würde und was der Volksgesundheit dadurch erspart würde, wenn die Apparate- und Chiemedizin ein bißchen eingeschränkt wird, daß läßt sich in Zahlen schon gar nicht mehr ausdrücken. Ich könnte hier ebensogut Beispiele aus der Landwirtschaft und der Energiepolitik anführen, die eindrucksvoll belegen, daß eine ökologische Umorientierung der Industriepolitik in gar keiner Weise schädlich für die Beschäftigung insgesamt ist, ja, daß sie sogar möglicherweise zusätzliche Arbeitsplätze bringt. Ehrlicherweise muß man hinzufügen, daß nicht Millionen neuer Arbeitsplätze von der Umorientierung auf Umweltschutz zu erwarten sind, weil natürlich die allgemeine Rationalisierung innerhalb des industriellen Sektors nach wie vor Arbeitsplätze kosten wird. Das Arbeitslosigkeitsproblem kann durch Umweltinvestitionen allein mit Sicherheit nicht gelöst werden. Aber der Konflikt ist, auf die gesamte Volkswirtschaft gesehen, lösbar, was nicht heißt, daß er nicht im konkreten Fall besteht.

Du sprichst Dich für eine stärkere Einbeziehung von neuen sozialen Bewegungen aus. Gilt das auch für die Einbeziehung von Arbeitslosen, etwa in die gewerkschaftliche Arbeit und Organisation?

Ich hielte es für unzweckmäßig und unverantwortlich, wenn sich die Gewerkschaften nicht um die Arbeitslosen kümmern. Viele Arbeitslose waren einmal ihre Mitglieder und könnten es morgen wieder sein. Es geht nicht an, einem Mitglied, das früher einmal gut gezahlt hat und vielleicht in Zukunft wieder gut zahlen wird, zwischendurch die erforderliche Solidarität zu verweigern, denn damit verliert man dieses Mitglied vielleicht für immer. Außerdem würde sich eine den Gewerkschaften mit Abneigung gegenüberstehende Arbeitslosenbevölkerung zusätzlich schwächend auf die Tarifmacht der Gewerkschaften auswirken. Schließlich geht es auch um den gewerkschaftlichen Grundsatz der Solidarität. Ein Arbeitsloser ist ebenso ein Kollege wie ein Arbeitender, er ist Teil der Arbeiterbevölkerung. Gerade die deutschen Gewerkschaften haben immer betont, daß sie sich nicht nur als nackte Interessenvertretung der Arbeitsplatzbesitzer verstehen wie viele amerikanische Gewerkschaften, sondern sich immer dem Staat

gegenüber und der Gesamtheit gegenüber verantwortlich fühlen. Das gilt im historischen Vergleich für die frühere sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsbewegung ebenso wie für die christlich-soziale. Die Gewerkschaften würden sich moralisch selbst aufgeben, sie würden ihre Legitimation bei anderen Protesten gegen antidemokratische und antisoziale Tendenzen verlieren, wenn sie die Arbeitslosen im Regen stehen Keßen. Eine kollegiale, praxisnahe, unideologische Sorge um die Probleme der Arbeitslosen würde für die Gewerkschaften im Grunde für billiges Geld eine ganz positive Sympathiewerbung darstellen und ihnen sehr viel mehr zusätzliche Resonanz bringen als jede andere Werbemaßnahme.

Um noch einmal auf den Reformismus zu kommen: Reicht die Politik der kleinen Schritte aus oder sind nicht, gerade vor dem Hintergrund der neokonservativen Wende, längere Perspektiven, konkrete Utopien gefordert?

Ich sehe keinen Widerspruch zwischen Utopien und kleinen Schritten. Kleine Schritte sind im Repertoire eines verantwortlichen Gewerkschafters und Politikers die notwendige Alltagsfortbewegungsform. Wer an irgendwelche revolutionären Sofortlösungen glaubt, den kann ich nicht ernst nehmen, jedenfalls nicht unter den politischen und sozialen Bedingungen Mittel- und Westeuropas. Gleichzeitig bin ich allerdings der Meinung, daß der, der nicht weiß, wohin der Weg führt, auf dem er die kleinen Schritte geht, auch nicht in der Lage ist zu zeigen, wohin er führen soll. Wer nicht so etwas wie eine Vision von einem qualitativ besseren Zustand des menschlichen Zusammenlebens in der Wirtschaft, in der Politik, im kulturellen Leben aufscheinen lassen kann, der muß befürchten, daß ihm seine Gefolgschaft über die vielen kleinen Schritte auf einem langen steinigen Weg abhanden kommt und sich dann plötzlich bei der Konkurrenz wiederfindet oder resigniert und überhaupt nicht mehr marschiert, sondern sich niedersetzt und alles mit sich geschehen läßt. Es kommt auf die Qualität der kleinen Schritte an. Wenn ich mir vorstelle, eine vielleicht 1987 oder 1991 ins Amt gekommene sozialdemokratische Bundesregierung würde die Entspannungspolitik konsequent fortführen, die völlig überflüssigen amerikanischen Mittelstreckenraketen hier wieder entfernen und dabei gleichzeitig auch eine Verringerung des sowjetischen Atompotentials bewirken; sie würde durch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung zwar nicht die Arbeitslosigkeit völlig beseitigen, aber doch erheblich verringern; die Ausbildungsnot und die Arbeitslosigkeit der Jugend spürbar mildern; einen wirklichen Schritt zur weiteren Gleichstellung der Frauen tun; das öffentliche Gesundheitswesen ein bißchen sanieren, indem man der Pharma-Industrie und der Ärztelobby auf den Pelz rückt; die Mitbestimmung in den Betrieben, vor allem am Arbeitsplatz und unterhalb der Ebene der Unternehmensleitung ausbauen; eine vernünftige Energiepolitik einführen, die die Option zumindest für den Ausstieg aus der Kernenergie eröffnet und unsere chemische Industrie schrittweise zu einer ökologischen Wende nötigen und etwas zur Entgiftung unserer Wasser,

POSITIONEN

unserer Luft und der Rettung unserer Wälder beitragen, dann wären das zwar alles kleine Schritte. Aber zusammengenommen machten sie eine Qualitätsveränderung der deutschen Politik aus, von der man eigentlich nur träumen kann.